



Stadtverband Dülmen

22. April 2021

Begrüßung zur Mitgliederversammlung des CDU Stadtverbandes Dülmen vom 22.04.2021 zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2021 und der Landtagswahl 2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der CDU Dülmen darf ich Sie alle zu einer Versammlung begrüßen, die wir aus Infektionsschutzgesichtspunkten gerne abgesagt hätten, obwohl sie nach der geltenden Corona-Schutzverordnung natürlich zulässig ist. Leider ist für die Vorbereitung der Aufstellungen zur Bundestagswahl jedoch ein Wahlgang notwendig, der nicht mit einer Online-Wahl oder einer Briefwahl ersetzt werden kann. Daher habe ich volles Verständnis für alle Abmeldungen die mich erreicht haben. Umso mehr freue ich mich, dass Sie sich hier auf den Markt der Möglichkeiten am einsA eingefunden haben. Den Hinweis auf die Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregelungen möchte ich auch von hier vorne noch einmal wiederholen. Die Anwesenheit werden wir von hier vorne kontaktlos dokumentieren, die gilt neben der rechtmäßigen Dokumentation der Wahlen auch für eine mögliche Nachverfolgung bei einer nicht zu hoffenden Corona-Infektion unter einem der hier anwesenden Personen.

Wie sie der Tagesordnung entnehmen können, stehen heute auch nur die notwendigen Punkte zur Vorbereitung der Bundestagswahl in diesem Jahr und der Landtagswahl im kommenden Jahr auf der Tagesordnung. Unsere turnusgemäß anstehenden Vorstandswahlen sowie die Berichte des Vorsitzenden und des Schatzmeisters werden wir auf einen Termin nach den Sommerferien verlegen. Die ursprünglich ab dem 5. Mai geplanten Versammlungen der Ortsverbände haben wir in der vergangenen Woche – in Abstimmung mit allen Ortsverbandsvorsitzenden – abgesagt. Diese sollen dann wie üblich vor der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes stattfinden. Daher werden wir auch heute keine kommunalen Themen behandeln – bis auf die Ausnahmen, dass ich uns allen zum 710ten Stadtgeburtstag gratulieren möchte!

Dennoch gestatten Sie mir an dieser Stelle ein paar Worte zur derzeitigen politischen Großwetterlage. Ich bin froh, dass am Dienstag nun endlich eine Entscheidung zur Kanzlerkandidatur gefallen ist. Dass der Findungsprozess vielleicht hätte besser vorbereitet und moderiert werden können, hatte ich in einem kurzen Pressestatement bereits zum Ausdruck gebracht. Allerdings kann ich die Vorwürfe der Grünen, dass die Entscheidung in sogenannten Hinterzimmern gefallen ist, nicht nachvollziehen. Anders als die Grünen, die anscheinend aus wahltaktischen Gründen nicht öffentlich diskutieren wollten – im Übrigen eine Stärke, die man in der Vergangenheit im Parteienspektrum nur bei der Union gefunden hat – wurde die Entscheidung sehr breit diskutiert. Beide in Frage kommenden Kandidaten – Laschet wie Söder – haben unterschiedliche Qualitäten, die sie im Werben um eine Zustimmung genutzt haben. In der Demokratie ist eine Wahl zwischen Personen und Alternativen ein normaler Prozess und kein Machtkampf, wie die Medien es gerne darstellen. Nun ist also entschieden; unser Ministerpräsident Armin Laschet tritt im September als gemeinsamer Kandidat von CDU und CSU an. Daher ist es für mich selbstverständlich, dass alle die sich einen anderen Kandidaten gewünscht haben, nun das demokratische

Votum und die Entscheidung von Armin Laschet und Markus Söder akzeptieren und Armin Laschet und die örtlichen Bundestagskandidatinnen und –kandidaten unterstützen. Nur als Einheit kann man Wahlen gewinnen – da sollten sich viele der Agierenden einmal vor Augen führen und auch ihre eigenen Wahlergebnisse dahingehend analysieren.

Als Bundesvorsitzender der CDU hat Laschet ein Modernisierungsjahrzehnt angemahnt und – ähnlich wie wir bei unserm Prozess Dülmen 2030 - Parteimitglieder, gesellschaftliche Gruppen und alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen aktiv an der Erstellung des Wahlprogrammes mitzuwirken. Das Verbindende zu erkennen und Vertrauen zu schaffen, ist eine der vielen Stärken unseres Bundesvorsitzenden. „Zuhören. Entscheiden. Handeln.“ Ist seine Maxime, deshalb ist er der richtige Kanzler in schwierigen Zeiten.

Die Herausforderungen sind angesichts der vielfältigen Probleme, die die Pandemie in Wirtschaft und Gesellschaft ausgelöst hat, enorm. Ihre schnelle Überwindung setzt einen breiten gesellschaftlichen und vor allem belastbaren Konsens voraus. Wirtschaftliche oder gesellschaftspolitische Umbrüche, wie die Grünen oder ihre potenziellen Koalitionspartner sie planen und fordern, gefährden diesen Zusammenhalt.

Einige Worte möchte ich auch der aktuellen Corona-Lage widmen: Durch den vielstimmigen Chor der Verantwortlichen in Bund und Ländern der letzten Wochen – als Beispiele möchte ich die Osterruhe auf der einen Seite und die gleichzeitigen durchgeführten Öffnungen auf der anderen Seite nennen – hat zur derzeitigen Stimmungslage viel beigetragen. Dabei ist es leider unerheblich, dass diese unterschiedlichen Wortmeldungen und das Regierungshandeln Politiker aller politischen Parteien gleichermaßen betrifft. Das kann aus meiner Sicht nicht als Entschuldigung herhalten. Ich würde mir wünschen, dass zumindest die Unionspolitikerinnen und –politiker daraus Lehren gezogen haben und die Einigung auf die sog. „Corona-Notbremse“ ein einheitliches Vorgehen der CDU- und CSU-Verantwortlichen erwirkt hat. Dass die Grünen die Notbremse für zu zaghaft und die FDP sie zu hoch bewerten, sorgt beim mir zumindest in gewisser Weise dafür, dass die Regelungen dann doch nicht so falsch sein können. Für Einlassungen wie von der SPD-Ministerpräsidentin Schwesig heute im Bundesrat, dass die Corona-Notbremse zu zögerlich und zu wenig wirksam ist, habe ich kein Verständnis. Unter anderem Frau Schwesig ist mit ihren ständigen abweichenden Forderungen von Lockerungen an der jetzigen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger besonders mitverantwortlich.

Was mich allerdings nicht wundert, ist die Tatsache dass unsere, durch Ministerien angeordnete Bürokratie in vielen Fällen schnelle Reaktionen verhindert hat oder noch verhindert. Pragmatismus und Bürokratie passen nun einmal nicht zusammen!

Aus meiner Sicht wird die derzeitige Lage auch eindeutig zu pessimistisch beurteilt. Für die meisten Länder, bei denen suggeriert wird, sie hätten es besser gemanagt, trifft diese Aussage bei genauerem Hinsehen nicht zu! Eine kleine Übersicht zur Impfquote soll das verdeutlichen: In der EU hat nur Ungarn eine deutlich bessere Impfquote mit ca. 50%. Dennoch liegt dort die Inzidenz bei 266 und die Sterblichkeitsrate der bisherigen Pandemie bei 269 von 100 Tsd. Einwohnern. Deutschland (Sterblichkeitsrate 97 von 100 Tsd. Einwohnern) weist derzeit die gleiche Impfquote auf wie Österreich, Dänemark und Spanien. Die anderen Länder liegen dahinter zu-



Stadtverband Dülmen

22. April 2021

rück. In all diesen Ländern sind die wirtschaftlichen Auswirkungen größer und waren die Einschränkungen höher. (Großbritannien: Impfquote 64 je 100; Sterblichkeitsrate 172 von 100 Tsd – USA: Impfquote 64 je 100; Sterblichkeitsrate 188 von 100 Tsd Einwohnern). Also lassen Sie uns gemeinsam auch noch die nächsten Wochen der Einschränkungen durchstehen, so dass wir auf einen normaleren Sommer hoffen können.

Nun lassen Sie uns in die Regularien einsteigen und die Vertreterwahlen vornehmen, dass unser heutiger Bundestagsabgeordneter und Kreisvorsitzender Marc Henrichmann erneut für die Kandidatur zum Bundestagswahl auf Kreisebene bzw. im 200er Gremium mit den Vertretern aus dem Kreis Steinfurt gewählt werden kann.